

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

mittwoch, 19. november 1969

blatt 3280

pah ost:

naechste woche schuleroeffnung

1 wien, 19.11. (rk) auf den suedhang des laaer berges wurden im bereich der per albin hansson-siedlung ost 11.000 quadratmeter grund fuer einen schulbau reserviert. dieser schulbau wurde kuerzlich mit einem kostenaufwand von 22 millionen schilling fertiggestellt. die volksschule fuer knaben und maedchen verfuegt ueber zwoelf klassenzimmer.

kommende woche wird buergermeister bruno m a r e k diese schule im rahmen einer eroeffnungsfeierlichkeit ihrer bestimmung uebergeben.

geehrte redaktion

sie sind herzlich eingeladen, zu der schuleroeffnung in der ada christen-gasse (pah ost) berichterstatter und fotoreporter zu entsenden.

zeit: dienstag, 25. november, 9.30 uhr.

ort: volksschule ada christen-gasse, per albin hansson-siedlung ost.

0904

dienstag abend im theater an der wien:

galapremiere der wiener 'fair lady'

3 wien, 19.11. (rk) mit allen anzeichen eines grossen gesellschaftlichen ereignisses fand diensttag abend die galapremiere des von gerhard bronner 'eingewienerten' musicals 'my fair lady' im theater an der wien statt. die neueste musical-produktion am naschmarkt gestaltete sich aber auch zu einem kuenstlerischen erfolg fuer 'eliza' gabriele jacoby, 'higgins' josef meinrad, 'pickering' egon jordan und vor allem fuer hugo gottschlich, der mit dem vater dolittle sein vielbejubeltes musical-debut gab.

schon die imposante auto-auffahrt am naschmarkt kuendigte das ereignis an. unter dem surren der fernsehkameras betraten zahlreiche persoenlichkeiten des politischen und kulturellen lebens unserer stadt das theater. unter den kommunalpolitikern sah man buergermeister bruno marek, der mit seiner gattin erschienen war, landtagspraesident dr. wilhelm stemmer, die stadtraete dr. glueck, maria jacob, nekula, pfoch und suttner, magistratsdirektor dr. ertl, kontrollamtsdirektor dr. lachs und zahlreiche mitglieder des wiener gemeinderates. an kuenstlerischer prominenz waren unter anderen gekommen: rosette anday, 'eliza-mutter' marika roekk, elfriede ott, maria emo, lotte lang, christl mardayn, susanne almassy, greta keller, peter weck, eduard wolters und kammersaenger rudolf christ. das theater an der wienzeile war an diesem abend aber auch ein rendezvous-platz fuer theater-direktoren und theater-manager: franz stoss, gustav manker, dr. marcel prawy und dr. ernst haeussermann. orf-general bacher und oberspielleiter walter davy repreaesentierten das fernsehen, hans weigl und robert gilbert (auf dessen uebersetzung bronners wien-fassung der 'lady' basiert) das literarische leben, praesident manfred mautner-markhof die industrie und staranwalt dr. peter stern die jurisprudenz.

./.

bei der mitternächtlichen premieren-feier auf der buehne dankte theater-an-der-wien-direktor rolf k u t s c h e r a , der regisseur der ''lady''-produktion, allen mitwirkenden fuer die grosse begeisterung, mit der sie das schwierige musical in relativ kurzer probenzeit auf die buehne gestellt hatten.

1014

''die zeit des biedermeier''

2 wien, 19.11. (rk) im rahmen der monatlichen vortragsreihe des floridsdorfer heimatmuseums findet kommenden samstag, den 22. november, um 18 uhr, im festsaal des museums, 21, prager strasse 33 ein lichtbildervortrag von ing. otto a d a m e c ueber das thema ''die zeit des biedermeier'' statt.

0908

riesenandrang beim jugendeislaufen

4 wien, 19.11. (rk) die aktion ''jugendeislaufen'', in der donauparkhalle, fuer die die anmeldefrist zum ersten kurs dieser tage abgelaufen ist, hat sich als ausserordentlich attraktiv erwiesen: nahezu 1.000 kinder und jugendliche haben sich gemeldet. da die donauparkhalle nur ueber einen bestimmten fassungsraum verfuegt, ist es derzeit nicht moeglich, weitere anmeldungen entgegenzunehmen. es steht jedoch die moeglichkeit offen, sich fuer den zweiten kurs in der stadthalle auf dem vogelweidplatz vormerken zu lassen. dieser zweite kurs wird mit beginn des jahres 1970 gestartet.

1100

Wiener Landtag: 1)Novelle zur Bauordnung verabschiedet
=====

Wien, 19.11. (RK) Der Wiener Landtag (Vorsitz Präsident Dr. Stemmer) befaßte sich am Mittwoch mit der 16. Novelle zur Wiener Bauordnung, die allerdings nur insofern eine Änderung der Bestimmungen bringt, als die Bauordnung in Einklang mit der Bundesverfassungsnovelle 1962 gebracht wurde. Stadtrat Dr. Hannes Krasser (ÖVP) bemerkte dazu, daß durch die vielfache Novellierung bereits eine gewisse Unübersichtlichkeit eingetreten ist.

Als Debattenredner beschäftigte sich LABg. Ing. Walter Hofstetter (SPÖ) mit wünschenswerten Änderungen in der Zukunft, besonders damit, daß die Entmischung von Wohnbau- und Betriebsbaugebieten in einer neuen Bauordnung verankert werden sollte.

Vor Eingang in die Tagesordnung hatte Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer in bewegten Worten des kürzlich verstorbenen Landtagsabgeordneten Dr. Franz Weninger (ÖVP) gedacht, der Anfang November völlig unerwartet verstorben ist.

Von seiten der FPÖ lag ein Antrag und eine Anfrage vor. Der Antrag bezog sich auf eine Änderung der Wiener Gemeindegewahlordnung hinsichtlich der Ermittlung der Wahlzahl für die Verteilung der Gemeinderatsmandate.

Die Anfrage der FPÖ beinhaltet den Wunsch nach Vorlage eines Entwurfes eines Wiener Zwischenzeitengesetzes. (Schluß Landtag)

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 19. 11. (RK) Dem Wiener Gemeinderat, der am Mittwoch unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek zusammentrat, lag eine 76 Geschäftsstücke umfassende Tagesordnung vor. Auf Verlangen der DFP mußten diesmal sämtliche Geschäftsstücke referiert werden. (Siehe unseren Bericht "Gemeinderatsnachlese".) Zur Debatte meldete sich die DFP jedoch nur zu zwei Tagesordnungspunkten.

Die wichtigsten Beschlüsse, über die auch eingehend debattiert wurde, betreffen die Abschaffung der Fürsorgegeräte, die verbesserten Bestimmungen für den Wiener Wohnbaufonds, die Gründung eines Institutes für Stadtforschung und die Schaffung der Pensionistenfahrtscheine.

Anfragen und Anträge

Anfragen wurden von der DFP eine, von der FPÖ eine und der ÖVP zwei eingebracht.

Die Anträge: Ausbau eines Spielplatzes in Hietzing zu einem Sportplatz; Beschleunigung von Straßenbauarbeiten; Errichtung eines Schwimmbades, beziehungsweise einer Schwimmhalle im 3. Bezirk; Ausschreibung weiterer U-Bahn-Baulose (alle ÖVP); Einsetzung einer Kommission zur weiteren Verbesserung der Betreuung der Altersheimpfleglinge (gemeinsam SPÖ und ÖVP).

Die DFP stellt einen Antrag und Besprechung und Verlesung ihrer Anfrage über ein Inserat in "Die Presse" und im "Kurier" vom 30. Oktober. (In diesem Inserat richtete ein Firmeninhaber Angriffe gegen Rathauspolitiker. Anm. d. Red.) Eine Anfrage der DFP betrifft die künftige Handhabung des Landesgesetzes über die Einhebung einer Dienstgeberabgabe, eine weitere über die Heranziehung von Bezirksräten zu bestimmten Erhebungen. Über die Verlesung und Besprechung dieser Anfragen wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt werden.

./.

Ein neuer Gemeinderat

Für den verstorbenen GR. Dr. Weninger wurde der Bezirksvorsteher von Währing, DDR. Viktor Leo Gräf, in den Gemeinderat berufen und einstimmig gewählt. GR. Gräf wurde auch als Mitglied der Gemeinderatsausschüsse IV (Wohlfahrt) und XIII (Rechtsangelegenheiten) gewählt.

Auflassung der Fürsorgeräte

Stadträtin Maria Jacobi (SPÖ) referierte über die Neuordnung der gesetzlichen Fürsorge für Erwachsene. Demnach soll die Funktionsperiode der Fürsorgeräte mit 31. Dezember 1969 enden. Deren Aufgaben werden von hauptamtlichen Sozialarbeitern und von Sozialberatungsstellen übernommen werden.

Die Arbeit der Beratungsstellen hat sich bereits kurz nach dem Start als erfolgreich erwiesen: sieben sind an der Arbeit, demnächst folgen drei weitere, und das Netz soll systematisch ausgedehnt werden.

Den ausscheidenden Fürsorgeräten soll der Dank durch die Überreichung der Prof. Dr. Julius Tandler-Medaille ausgesprochen werden (bei mindestens 15 Jahren Tätigkeit in Silber; bei mindestens fünf Jahren in Bronze).

GR. Joachim Müller (DFP) sprach sich in der Debatte gegen die Abschaffung der Fürsorgeräte aus. Diese Maßnahme richtet sich gegen den erworbenen Anspruch seiner Partei auf Mitarbeit.

GR. Wolfram (FPÖ) betonte die Wichtigkeit der Fürsorgeräte, die schon in der Monarchie und in der Ersten Republik die besten Sozialarbeiter darstellten. Der Redner wies auf ein von Stadträtin Jacobi im Mai gehaltenes Referat hin, in dem sie sich mit der Armut in Wien auseinandersetzte. Damals erklärte die Wohlfahrtsstadträtin, daß man sich bemühen wolle, die versteckte Not in der Bundeshauptstadt aufzuspüren. "Das kann aber nur durch die Fürsorgeräte geschehen, die nicht nur die Menschen ihrer Nachbarschaft genau kennen, sondern auch weitaus humanere Kontakte anzuknüpfen imstande sind, als die neuen Sozialberatungsstellen.

Man kommt nun einmal mit seinen Sorgen lieber in die Wohnung eines Fürsorgerates als in eine Amtsstube. Außerdem, wer soll sich um die Alkoholiker und die vielen Selbstmordkandidaten in Wien kümmern, wenn nicht die bewährten Fürsorgeräte"!

Für die ÖVP beklagte es Gemeinderätin Dr. Hubinek zunächst, daß sich die Fälle mehrten, in denen die durch die Wiener Stadtverfassung berufenen Organe vor vollendete Tatsachen gestellt werden. So habe man durch eine Pressekonferenz erfahren, daß die Institution der Fürsorgeräte abgeschafft werden sollte.

Dies erinnere an autoritäre Gepflogenheiten in den östlichen Nachbarländern. Die Rednerin stimmte darin überein, daß sich in der Fürsorge ein Wandel ergeben habe, doch bestehe über die Methode keine Einigkeit. Vielleicht wäre eine Änderung der bestehenden Institutionen, eventuell eine Reduzierung der Fürsorgeräte notwendig gewesen. Aber man solle sozialpolitische Entscheidungen nicht nach "Milchmädchenrechnungen" treffen und die Kosten für die Netzkarte in Relation mit dem Ergebnis der Haussammlungen setzen.

Ihrer Meinung nach gäbe es noch genügend Idealisten, die ohne jede Bezahlung und auch ohne Netzkarte die Betreuung hilfsbedürftiger Mitmenschen übernehmen würden.

Der Fama nach hätte die Abschaffung der Fürsorgeräte auch bei der SPÖ nicht ungeteilte Aufnahme gefunden. Zu einer heftigen Zwischenrufserie kam es dann, als Dr. Hubinek meinte, man solle die Sozialberatungsstellen nicht mit dem Odium des Parteilokales statt mit dem Odium der Behörde behaften. Dies sei bei der Sozialberatungsstelle für den 3. Bezirk jedoch der Fall.

Vizebürgermeister Slavik verlangte mehrmals als Zwischenrufer, die Rednerin solle diese falsche Behauptung berichtigen und den Mut haben, eine Fehlinformation auch zuzugeben. Über Bitte Dr. Hubineks ermahnte der Vorsitzende Bürgermeister Marek das Plenum, die Rednerin weitersprechen zu lassen.

Abschließend erklärte Dr. Hubinek, ihre Partei sehe die Motive für die Auflassung der Gemeinderäte als zu gering an, verlange jedoch eine getrennte Abstimmung, weil auch ihre Fraktion sich beim Dank und der Vergabe der Tandlermedaillen nicht ausschließen wolle. Die Auflösung der Fürsorgeräte selbst lehne die ÖVP jedoch ab.

Als letzter Debattenredner erklärte GR. Hans Mayr (SPÖ), man solle doch das Schicksal der Befürsorgten im Auge haben aber nicht parteipolitische Süppchen kochen. Wenn die ÖVP den Menschen helfen wolle, so solle sie dies im Parlament tun, um die Sozialgesetzgebung und vor allem die Richtsätze für die Fürsorgeleistungen zu ändern. Die Fürsorgeräte seien jedoch nicht mehr in der Lage, ihre Aufgabe in dem ungemein komplizierten Sozialstaat wahrzunehmen. ("Sie können sich nicht umstellen", rief GR. Neusser, ÖVP, dazwischen, worauf Mayr replizierte: "Stellen Sie sich im Parlament um".)

Der Redner wies schließlich darauf hin, daß man den Mut zu neuen Wegen haben und die Fürsorgearbeit an die geänderte Situation anpassen müsse. Es gehe nämlich in erster Linie um die effektive Hilfe an den Einzelmenschen, nicht aber um das Festhalten an einer Institution, die in der Vergangenheit zwar eine große Leistung erbracht habe, aber heute eben nicht mehr den Aufgaben gerecht werden könne. Mayr erklärte schließlich, jeder einzelne Bürger der Stadt trage Mitverantwortung am Schicksal seines Nachbarn, und diese Verantwortung könne von keiner Organisation übernommen werden. Schließlich dankte der Redner den Fürsorgeräten für ihre bisherige Leistung und allen jenen Wienern, die in Zukunft ihren Mitmenschen helfen wollten.

Jacobi: Es bestand Einigung über Auflösung

Im Schlußwort trat die Stadträtin der Auffassung entgegen, die Gemeinderäte - insbesondere die der ÖVP - seien nicht von der beabsichtigten Auflösung der Einrichtung der Fürsorgeräte informiert gewesen. In mehrfachen Kontakten mit Gemeinderätin Dr. Marga Hubinek sei volle Einigung über die Auflösung erzielt worden.

Die Stadträtin präziserte dann nochmals jene grundsätzliche Richtung, von der sich die Sozialpolitik des ausgehenden 20. Jahrhunderts leiten lassen muß und die darin besteht, daß der einzelne die Hilfe der Gemeinschaft nicht mehr erbitten muß oder - wie es Julius Tandler formuliert hatte - daß die "Abhängigkeit von Almosen" endlich aufhört. Dies war nicht zuletzt der Grund dafür, daß mit allem Nachdruck der Übergang von den Sachhaushilfen zur finanziellen Hilfe vollzogen wird. Immer mehr verschieben sich die Schwerpunkte überhaupt von der materiellen Seite weg. Die Stadträtin illustrierte das am Beispiel ihrer Sprechstundenbesucher: die 20 bis 30 Personen, die jeden Dienstag die Wohlfahrtsstadträtin aufsuchen, haben zum geringsten Teil materielle Bitten vorzubringen. Vielmehr steht die Beratung in den verschiedensten Lebensbereichen im Mittelpunkt.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Auf Wunsch der ÖVP wurde über die Auflösung und die Würdigung der Fürsorgeräte getrennt abgestimmt.) Dafür stimmte die ÖVP.

Flächenwidmungsplanänderung für die Schmelz

GR. Ing. Nedweu (SPÖ) beantragt eine Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das westliche Gebiet der Schmelz, auf dem eine allgemeinbildende höhere Schule und eine Universitätsturnanstalt errichtet werden soll.

GR. Müller (DFP) bedauert, daß dieses große Areal verbaut werden soll. Die Schmelz müßte als Erholungsgebiet für die Allgemeinheit erhalten bleiben. Leider fehlt auch hier ein einheitlicher Bebauungsplan und man weiß daher auch nicht, was mit den restlichen Flächen der Schmelz geschehen soll.

GR. Ing. Nedwed stellt im Schlußwort fest, daß es sich um ein Bundesgrundstück handelt, für das die Umwidmung bereits 1967 erfolgte. Der vorliegende Antrag beinhaltet nur eine unwesentliche Abänderung. Die Stadt Wien könne nicht darüber entscheiden, was auf einem Bundesgrund zu geschehen habe. Die Bezirksvertretung des 15. Bezirkes tritt für die Schaffung eines grünen Weges in diesem Gebiet ein. Auch eine

Schnellverkehrsstraße soll dort errichtet werden, die eine direkte Verbindung von der Gablenzgasse zur Johnstraße ermöglicht.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Neue Schiliftpreise

GR. Julius Fischer (SPÖ) begründete den Antrag auf Erhöhung der Fahrpreise des Schiliftes auf der Hohen Wand-Wiese. Die seit 1966 unveränderten Preise decken die Ausgaben bei weitem nicht mehr. Ferher wurden ein Pistenpflegegerät angeschafft, eine Garage erstellt und für weitere Verbesserungen zusätzliche Mittel aufgewendet. Das neue Pistenpflegegerät ist vor allem geeignet, die Unfallgefahr auf der durch die moderne Schwung-
technik besonnde s stark beanspruchte Piste herabzusetzen. Die Erhöhung der Fahrpreise (Kinder bis 15 Jahre Einzel- fahrt 2 S, 10er-Block 15 S; Erwachsene 5 beziehungsweise 40 S) sei somit gerechtfertigt.

In der Debatte brachte GR. Prof. Dr. Fritz Wolfram (FPÖ) einige Wünsche und Beschwerden der Schifahrer. Die Anschaffung des Pistengerätes sei erfreulich, in anderen Schigebieten seien aber die Liftgebühren niedriger. Man dürfe nicht vergessen, daß auf die Hohe Wand-Wiese keine sehr wohlhabenden Schifahrer und sehr viele Schüler aus der Umgebung kommen. Der Redner regte die Einführung einer Tageskarte an, wobei er sich auf eine frühere Anregung von Gemeinderat Neusser (ÖVP) bezog. Er vertrat die Meinung, daß die Gemeinde Wien dem Schisport in sehr bescheidenem Maß unterstütze.

Als Schifahrer äußerte GR. Prof. Wolfram noch folgende Wünsche: Trainingsmöglichkeiten auch für Rennfahrer an ein bis zwei Tagen der Woche, eine bessere Lösung der Schnee-Erzeugung, da die Piste meist vereist sei, Übungsmöglichkeiten für Schulen und die Verlängerung des Lifts hinauf bis zur Waldgrenze.

GR. Dr. Goller (ÖVP) kritisierte die 25 prozentige Erhöhung der Liftbenützergebühren, die besonders die Jugend hart treffe, jenen Bevölkerungskreis, der Liftanlagen optimal ausnutzen könne. Weiter kritisierte der Redner, daß im vorliegenden Akt keine Kostenrechnungen und genauere Unterlagen zur Verfügung stünden. Goller forderte die Einführung einer Halbtages- und Tageskarte, sowie eine getrennte Abstimmung bezüglich der Erhöhung der Liftgebühren für Kinder und Erwachsene.

GR. Wiesinger (SPÖ) erklärte, daß in ganz Österreich Kurzlifte auf die Ausgabe von Tageskarten verzichten. Überall werde das System der Blockkarten angewendet. Die Erhöhung des Beförderungspreises begründete Wiesinger mit wichtigen Anschaffungen und der bisherigen mangelnden Kostendeckung.

Abstimmung: Die Erhöhung des Fahrpreises für Kinder wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP, die Erhöhung des Fahrpreises für Erwachsene mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Höhere Gebühren für die Feuerwehr

GR. Outolny (SPÖ) beantragte eine Änderung der Gebührenordnung für die Feuerwehr. Er begründete dies damit, daß seit der letzten Regelung im Juli 1967 die Sach- und Personalkosten beträchtlich höher geworden seien und zudem die kostenpflichtigen Einsätze von 1965 bis 1968 von 23,3 auf 35,3 Prozent gestiegen seien. Die Kostenbedeckung durch die Gebühren für die kostenpflichtigen Hilfeleistungen hätten 1968 nur noch 60 Prozent ausgemacht. Durch die Neuregelung der Gebühren erwarte man sich jährliche Mehreinnahmen von einer Million Schilling.

GR. Dr. Habl (ÖVP) beschäftigte sich ausführlich mit den verschiedenen Berechnungsarten des Magistrates über Kostendeckungen und bemängelte die Neuregelung, weil durch sie bei einzelnen Positionen Erhöhungen bis zu 100 Prozent vorgenommen würden. Außerdem seien den Gemeinderäten die Unterlagen viel zu spät zugänglich gemacht worden.

Zudem sollte die öffentliche Hand alle Preiserhöhungen vermeiden, da die Situation ohnedies durch die importierten

Preiserhöhungen im Gefolge der DM-Aufwertung angespannt sei. Seine Fraktion lehne daher den Antrag ab.

Als zweiter Debattenredner erklärte GR. Nittel (SPÖ), er hätte sich sehr gewundert, hätte die ÖVP diese Gelegenheit ausgelassen, in demagogischer Form auf die DM-Aufwertung und deren Folgen hinzuweisen. Die Neuregelung der Gebühren für die kostenpflichtigen Einsätze der Feuerwehr habe jedoch nichts mit der allgemeinen Preissituation zu tun, da es ja hauptsächlich nur darum gehe, die durch Fahrlässigkeit herbeigeführten Einsätze einigermaßen kostendeckend honoriert zu bekommen. Dies sei sicher auch im Sinne der Wiener Steuerzahler.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Untersuchung über die Wiener City

Der Wiener Stadtkern soll durchleuchtet werden: GR. Ing. Walter Hofstetter (SPÖ) beantragte die Bewilligung von 2,8 Millionen Schilling für die Ausarbeitung einer Planungsstudie des Wiener Kerngebietes. Der Auftrag an den amerikanischen Architekten Victor Gruen sieht einen generellen Teil und mehrere Spezialuntersuchungen vor. Für städtebauliche und architektonische Arbeiten wird sich Gruen der Zusammenarbeit mit einem österreichischen Ziviltechniker bedienen.

In der Debatte ging GR. Dr. Alfred Gisel (SPÖ) auf die Geschichte der Wiener Stadtkerns ein und knüpfte an die kommende Untersuchung die Hoffnung, daß sie mithelfen möge, Wien vor den Kontaktschwierigkeiten zwischen Stadtkern und Peripherie zu bewahren, die anderswo vielfach die Stadtentwicklung schwer belasten.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Gründung des "Institutes für Stadtforschung"

Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ): Der Magistrat müsse zur Gründung des Vereines "Institut für Stadtforschung" alle zur Realisierung notwendigen Schritte unternehmen. Dem Verein soll eine Subvention in der Höhe von zehn Millionen Schilling bewilligt werden. Mit der Gründung dieses Institutes wird dem seinerzeitigen Gemeinderatsbeschluß anläßlich des Republik-Jubiläums entsprochen, einen Fonds zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu schaffen.

GR. Ascherl (SPÖ) erklärt, in einer Stadt, in der dauernd und zielstrebig in den verschiedensten Bereichen gebaut wird und die sich laufend weiterentwickelt, kann und darf auf die Initiative und auf die Mitarbeit der Wissenschaftler und Forscher nicht verzichtet werden. Zur Bewältigung der immer größer werdenden Aufgaben kann mit den bisherigen Untersuchungsmethoden nicht mehr das Auslangen gefunden werden. Durch das neue Institut soll gleichsam eine Art Dachorganisation geschaffen werden. Damit soll aber keineswegs die Tätigkeit der bestehenden Institutionen eingeschränkt werden. In die Untersuchungen soll auch das Umland einbezogen und auf die internationale Funktion unserer Stadt Rücksicht genommen werden. Es sollen die Pendelwanderung beleuchtet, die Auswahl der Industriestandorte gründlicher überprüft, über eine zweckmäßige Energieversorgung, Probleme der Alterskategorien, Entwicklung der Schülerzahlen, Untersuchungen über Altstadterhaltungsprobleme und viele andere Probleme Untersuchungen angestellt werden.

StR. Jacobi verzichtet auf das Schlußwort.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Verbesserung bei Wohnbauförderung

Stadtrat Reinhold Suttner (SPÖ) referierte über die Verbesserung der Wohnbauförderung durch Anhebung der Einkommensgrenze für Wohnungswerber. Die beabsichtigten Erhöhungen: für die Ehegattin zusätzlich 28.000 Schilling (bisher 21.000), für jedes Kind ebenfalls 28.000 (bisher 14.000).

Zu diesem Geschäftsordnungspunkt meldeten sich drei Debattenredner. GR. Dr. Albert Schmidt (FPÖ) begrüßte den Antrag, plädierte jedoch für eine Lockerung der Vormerkungsbestimmungen. Einem jungen Ehepaar könne nach den derzeit geltenden Richtlinien nur eine Zwei-Raum-Wohnung zugewiesen werden, so daß sich bei Vergrößerung der Familie alsbald Wohnungssorgen einstellen.

Im übrigen könne man, ohne ein "städtischer Hellseher" zu sein, den Verlauf der Debatte absehen: die ÖVP werde die Verbesserungen für sich reklamieren und GR. Windisch habe in diesem Zusammenhang im Ausschuß das Wort "Antragsunwesen" gebraucht. Vom Propagandabeiwerk abgesehen, sei mit dem heutigen Beschluß eine wesentliche Verbesserung der Wohnbauförderung zu erwarten. Man kann freilich darüber streiten, ob man diesen Schritt nicht früher hätte tun können. Fest steht auch, daß die Wohnungen seit Einführung der Baukostenbeiträge nicht mehr wie "warme Semmeln" abgenommen werden.

Es ist zwar erfreulich, daß bereits 80 Prozent der Gemeindewohnungen zentralbeheizt sind, jedoch muß man den Mietern so unter die Arme greifen, daß sie auch die eigentliche finanzielle Belastung durch Heizungs- und Betriebskosten tragen können. Der Redner setzte sich ferner kritisch mit der Bundeswohnbauförderung auseinander, die nicht als Modell für die Wiener Wohnbauförderung angewendet werden könne.

GR. Windisch (SPÖ) meldet sich kurz zu Wort: "Ich habe im zuständigen Gemeinderatsausschuß das Wort 'Antragsunwesen' nie in den Mund genommen".

GR. Hahn (ÖVP): Nach Ansicht der ÖVP hätte der Wohnbaufonds schon viel früher als am 20. Dezember 1967 beschlossen werden sollen. Die SPÖ verschweigt die Bemühungen meiner Fraktion auf diesem Sektor, die schon 1963 einsetzten. Man verschweigt auch, daß im Jahr 1969 die Stadt Wien allein aus den Mitteln der Bundeswohnbauförderung 711 Millionen Schilling überwiesen bekam. (Zwischenruf Vizebürgermeister Slavik: "Ein Drittel unserer Steuergelder geht in die Bundesländer"!)

GR. Hahn warf der sozialistischen Partei vor, die großen Mittel, die zur Verfügung stünden, nicht ordnungsgemäß und rasch genug zu verbauen. Heuer zum Beispiel sei noch keine Sitzung des Wiener Wohnbaufonds abgehalten worden. Die Sozialistische Partei spricht von mehr, besser und schneller bauen, vielleicht deshalb, weil sie nie von der Mehrzahl des österreichischen Volkes einen Regierungsauftrag bekommen wird.

Auf einen Zwischenruf von Vizebürgermeister Slavik erklärte sich GR. Hahn bereit, über Wohnungsprobleme eine Fernsehdiskussion abzuhalten.

Der Redner stellte dann die Anfrage, wieviele Gemeindefwohnungen in Neubauten mit Stichtag 1. Jänner, 1. August und 15. November 1969 leerstanden, weiter ob StR. Suttner bereit sei, das Kontrollamt zu ersuchen, Vorschläge für die rechtzeitige Vergabe von Neubauwohnungen auszuarbeiten. In der Anfrage heißt es weiter, ob der Wohnungsreferent bereit sei, die Vormerkbestimmungen im Sinne der von den ÖVP-Gemeinderäten wiederholt gemachten Verbesserungsvorschläge ändern zu lassen sowie die Bedingungen für den Wohnungswechsel aus Gemeindealtbauten in Neubauten zu erleichtern. Dies vor allem deshalb, damit einkommensschwächere und meist ältere Mieter aus Abbruchhäusern in sogenannte Altgemeindefwohnungen, für die kein Baukostenzuschuß zu entrichten ist, eingewiesen werden können.

Der sozialistische GR. Dinhof warf vor allem seinem Voredner Hahn vor, dieser habe über Dinge gesprochen, die im Gemeinderat gar nicht zur Debatte stünden. Seine Fraktion jedenfalls sei der Meinung, daß man die Bestimmungen des Wiener Wohn-

baufonds immer dann ändern müsse, sobald es Änderungen in der Wirtschaftskraft der Bevölkerung gebe. Also würden solche Novellierungen auch in Zukunft notwendig sein.

In seinem Schlußwort widersprach StR. Suttner den Debattenrednern Schmidt und Hahn: Es könne keine Rede davon sein, daß Gemeindewohnungen unanbringlich wären, da die Zahl der Wohnungsinteressenten noch immer außerordentlich groß sei. Und was schließlich die Vergabe betreffe, so müsse man das Jahr 1969 geradezu als Rekordjahr bezeichnen. Allein bis zum 31. Oktober seien 7.579 Gemeindewohnungen vergeben worden. Dabei habe man auch durchaus den Wunsch nach Übersiedlung von alten und zu klein gewordenen in neue Gemeindewohnungen Rechnung getragen, was daraus hervorgehe, daß heuer 2.955 Wiedervermietungen baukostenfreier Gemeindewohnungen vorgenommen worden seien.

Suttner wies vor allem darauf hin, daß heuer im Hochsommer geradezu schubartig eine größere Zahl Wohnungen fertiggestellt worden sei und infolge der Urlaube nicht nur der Beamten, sondern auch der Wohnungsinteressenten tatsächlich eine zeitlang viele Wohnungen leer gewesen seien. Aber diese Wohnungen seien inzwischen längst alle vergeben, und er wäre froh, verfügte er über eine entsprechende Reserve an Wohnungen.

Suttner bestätigte zudem, daß tatsächlich noch nicht alle Mittel der Bundeswohnbauförderung 1968 heuer vergeben worden seien. Der Grund liege jedoch darin, daß zahlreiche Bauwerber, deren Aktenlastwagenweise vom Bautenministerium ins Rathaus transportiert worden waren, noch nicht alle Unterlagen zur Verfügung gestellt hätten.

Eingehend beschäftigte sich Suttner auch in seinem Schlußwort mit der von GR. Hahn aufgeworfenen Frage, ob Finanzreferent Slavik entsprechend der Forderung im SP-Wohnbauprogramm auf den Rückfluß der Förderungsmittel aus dem Wiener Wohnbaufonds durch 25 Jahre verzichten wolle. Suttner erklärte, ein Vergleich sei deshalb nicht möglich, weil im SP-Wohnbauprogramm eine Finanzierung durch öffentliche Mittel im Ausmaß von 40 Prozent der Baukosten vorgesehen sei, während bekanntlich durch den Wiener Wohnbaufonds 80 Prozent finanziert würden. Da zudem im Zinsatz Differenzen bestünden, käme es in der Praxis zur gleichen Rückzahlung für die Inhaber solcher Wohnungen, die nach den Vor-

schlägen des SP-Wohnbauprogrammes gebaut wären, und solcher, die vom Wiener Wohnbaufonds finanziert wären. Abschließend meinte der Wohnungsstadtrat, er wäre glücklich, wäre das Wohnbauförderungsgesetz 1968 des Bundes bereits ebenso oft novelliert worden wie der Wiener Wohnbaufonds.

Abstimmung: einstimmige Annahme.

Mietverträge für Büroräume

Stadtrat Suttner (SPÖ) beantragt den Abschluß von Mietverträgen für Büroräume in den Häusern Volksgartenstraße 1 und 3 und Hansenstraße 3 für Zwecke des Magistrates. Die Miete pro Quadratmeter stellt sich auf 25 Schilling pro Monat; der Mietvertrag soll von seiten des Mieters auf 25 Jahre unkündbar sein.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Sachkredit für Forsthaus Naßwald

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) beantragt, für die Errichtung eines Forsthauses in Naßwald einen Sachkredit in Höhe von 500.000 Schilling zu genehmigen.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Verbilligte Straßenbahnfahrscheine für Pensionisten

StR. Nekula (SPÖ) beantragt, ab 1. Jänner 1970 einen Pensionistenfahrschein zum Preis von 2.50 Schilling aufzulegen. Er verweist darauf, daß es in unserer Stadt noch immer einen wirtschaftlich schwächeren Personenkreis gebe, der überwiegend aus älteren und kränklichen Menschen besteht. Dieser Personenkreis, er umfaßt die Empfänger von Ausgleichszulagen und solche, die diesem Einkommenskreis gleichzusetzen sind, sowie die Befürsorgten der Stadt Wien, soll in den Genuß dieser ermäßigten Fahrscheine kommen. Der Fahrschein gilt in Verbindung mit einem Pensionistenausweis, der vom Magistrat ausgestellt wird. Auf Grund des Gebührengesetzes wären für die Ausstellung des Ausweises 15 Schilling einzuheben.

StR. Jacobi hat sich nun in einem Schreiben an den Finanzminister gewandt, im Hinblick auf die finanzielle Situation dieses Personenkreises auf die Erhebung dieser 15 Schilling zu verzichten.

An der Debatte über den Pensionistenfahrschein beteiligten sich vier Redner. GR-Karl Peter (FPÖ) war der Meinung, daß der Antrag einige Härten und Unklarheiten enthalte. Er kritisierte die begrenzte Gültigkeitsdauer und die Ausklammerung der innerstädtischen Autobuslinien.

Es wäre besser gewesen, wenn man flexibel alle Kategorien von Rentner einbezogen hätte. Weil es sich jedoch um eine soziale Tat handle, werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen. GR. Herbert Mayr (SPÖ) schlug in seinem Diskussionsbeitrag vor, daß die Pensionistenfahrschein nicht nur in den Vorverkaufsstellen sondern auch in den übrigen Verkaufsstellen (Trafiken) ausgegeben werden sollen.

GR.Dr.Marga Hubinek (ÖVP) sprach von einer "abenteuerlichen Genesis" des Pensionistenfahrscheins. In der Frage der Einnahmerückvergütung durch die Magistratsabteilung 12 ersuchte die Rednerin Stadträtin Jacobi um Aufklärung, da dieser Punkt im Antrag fehle. Dr. Hubinek erinnerte an den ÖVP-Antrag, wonach unabhängig vom Einkommen ab einem bestimmten Alter Pensionistenfahrschein ausgegeben werden sollen. Man habe damit zum Beispiel in Zürich, in deutschen Städten und bei der deutschen Bundesbahn damit gute Erfahrungen gemacht, da in den verkehrsschwachen Zeiten die Frequenz durch die Pensionisten bedeutend gestiegen sei. Die Rednerin hält es für eine "Ungereimtheit", daß etwa bei Säuglingswäschepaketen und bei der Gewährung von Blindenbeihilfen keine Einkommensbarrieren bestehen, daß man aber hingegen bei den Pensionistenfahrschein nur eine bestimmte Einkommensgruppe berücksichtige. Der Verwaltungsaufwand werde dadurch größer, außerdem sei ein eigenes Bundesgesetz notwendig.

Die Rednerin stellte sodann einen Zusatzantrag, wonach alle Personen über 65 Jahre die Berechtigung haben sollen, alle Verkehrsmittel der Wiener Verkehrsbetriebe, der Wiener Schnellbahn, der Österreichischen Bundesbahnen und die in die Tarifgemeinschaft einbezogenen Kraftfahrlinien der öffentlichen und privaten Autobus-Unternehmungen mit einem Pensionistenfahrschein zu benützen.

GR. Deutsch (SPÖ) erklärte, daß sich seine Partei keine Sorgen um die Pensionisten mit höherem Einkommen mache. Die Frequenzfrage werde überprüft. Eine Beschränkung der Gültigkeitsdauer der Pensionistenfahrtscheine sei im Interesse der Berufstätigen. Da man vorher im Ausschuß einer Meinung gewesen sei, erscheint es unerklärlich, warum die ÖVP plötzlich den Kreis der Bezieher von Pensionistenfahrtscheinen auf 350.000 erweitern wolle. Da müsse man ja logischerweise auch noch die Frührentner einbeziehen. Bei der Ausstellung der Pensionistenfahrtscheine gebe es gewiß noch einige offene Fragen, die sich seine Partei überlegen werde.

Stadtrat Nekula sagte im Schlußwort, bei den Einnahmeausfällen sei man auf Schätzungen angewiesen. Die Wiener Stadtwerke rechnen mit einem Einnahmeausfall von 3,6 Millionen Schilling. Auch bei deutschen Straßenbahnen habe man durch die Ausgabe von sogenannten Seniorenkarten nur Einnahmeausfälle gehabt. Auf die Ausführungen von GR.Dr. Marga Hubinek zu sprechen kommend, betonte Nekula, daß bei den ÖBB der sogenannte Familienfahrtschein nur nach genauester Prüfung der jeweiligen Familienverhältnisse ausgegeben wird. Der demnächst von den ÖBB zur Auflage gelangende Seniorenfahrtschein sei nach Nekula für alte Leute nicht sehr interessant. Erstens gilt dieser Fahrtschein nur für Frauen ab dem vollendeten 60sten und für Männer ab dem vollendeten 65sten Lebensjahr und das erst bei Entfernungen über 50 Kilometer.

Abstimmung: Antrag einstimmig angenommen, Zusatzantrag der ÖVP wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt.

Dringliche Anfragen

Vor Schluß der öffentlichen Sitzung wurden drei dringliche Anfragen der DFP behandelt: Die eine betraf Vorwürfe einer Firma an den Magistrat wegen eines Schadensfalles, die andere hatte die Dienstgeberabgabe zum Gegenstand und die dritte schließlich beschäftigte sich mit der Tätigkeit der Bezirksräte. Bei den beiden ersten Anfragen stimmte für die Dringlichkeit nur DFP und FPÖ, bei der letzten nur die DFP. Die Beantwortung der Anfragen wird daher schriftlich erfolgen.

(Ende Gemeinderat)

Wiener Gemeinderat (Zusammenfassung)
=====

Wien, 19.11. (RK) Der Wiener Gemeinderat tagte am Mittwoch mehr als sieben Stunden lang, weil die DFP verlangt hatte, daß alle 76 Tagesordnungspunkte referiert werden. Der betreffende Passus im § 24, Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Wiener Gemeinderat lautet: "Zunächst stellt der Vorsitzende fest, bezüglich welcher Anträge des Stadtsenates... kein Mitglied des Gemeinderates vor Beginn der Sitzung die Verhandlung verlangt hat." Da die Verhandlung verlangt wurde, mußte referiert werden.

Für den kürzlich verstorbenen GR. Dr. Weninger (ÖVP) wurde der Bezirksvorsteher von Währing, DDr. Viktor Leo Gräf, in den Gemeinderat gewählt.

Über die Auflassung der Fürsorgeräte (Referent Stadträtin Jacobi) entspann sich eine eingehende Debatte, wobei sich DFP, FPÖ und ÖVP dagegen aussprachen. Dr. Hubinek (ÖVP) vertrat die Ansicht, es gehe noch genügend Idealisten, die die Betreuung hilfsbedürftiger Menschen übernehmen würden. Sicher haben sich die Methoden der Fürsorge gewandelt, doch sei dies kein Grund, die Fürsorgeräte ganz abzuschaffen. GR. Hans Mayr (SPÖ) betonte, daß man den Mut zu neuen Wegen haben müsse. Es gehe in erster Linie um die effektive Hilfe. Stadträtin Jacobi betonte, daß bereits Einigung mit der ÖVP über die Auflösung erzielt gewesen sei.

Ausführlich beschäftigte sich der Wiener Gemeinderat auch mit den verbesserten Bestimmungen für den Wiener Wohnbaufonds nach einem Referat von Stadtrat Reinhold Suttner (SPÖ). Bekanntlich soll die Einkommensgrenze für Wohnungswerber angehoben werden, und zwar für die Ehegattin auf 28.000 Schilling und für jedes Kind ebenfalls auf 28.000 Schilling. GR. Dr. Albert Schmidt (FPÖ) plädierte für eine Lockerung der Vormerkungsbestimmungen. GR. Hahn (ÖVP) warf der SPÖ vor, die großen Mittel, die zur Verfügung stünden, nicht ordnungsgemäß und rasch genug für den Wohnbau zu verwenden.

Über die Einführung des verbilligten Pensionistenfahrscheines referierte StR. Franz Nekula (SPÖ). Der Fahrschein wird ab 1. Jänner zum Preis von 2.50 Schilling aufgelegt und kann von den Empfängern von Ausgleichszulagen und von der Stadt Wien Befürsorgten bezogen werden. ÖVP-Sprecherin Dr. Marga Hubinek verlangte in einem Zusatzantrag, daß der Pensionistenfahrschein für alle Personen über 65 Jahre gelten solle. GR. Deutsch (SPÖ) erklärte, daß sich seine Partei keine Sorgen um die Pensionisten mit höherem Einkommen mache. Im Ausschuß war man einer Meinung, es sei daher unerklärlich, warum die ÖVP plötzlich den Kreis der Bezieher auf 350.000 erweitern wolle. StR. Nekula betonte im Schlußwort, daß schon jetzt die Verkehrsbetriebe mit einem Einnahmeausfall von 3,6 Millionen Schilling rechnen.

Ferner beschloß der Wiener Gemeinderat die Erhöhung der Fahrpreise für den Schilift auf der Hohen Wand-Wiese und höhere Gebühren für die kostenpflichtigen Einsätze der Feuerwehr der Stadt Wien.

Der amerikanische Architekt Viktor Gruen wurde mit der Ausarbeitung einer Planungsstudie über die Wiener City beauftragt.

Zehn Millionen Schilling stellte der Gemeinderat als Subvention für einen zu gründenden Verein "Institut für Stadtforschung" zur Verfügung.

- - -

Gemeinderat (Nachlese)
=====

Wien, 19.11. (RK) Eine Reihe von Subventionen wurde in der Mittwoch-Sitzung des Gemeinderates vergeben: Gesellschaft Österreichischer Kinderdörfer 500.000 Schilling, Österreichische Gesellschaft für Raumplanung 75.000 Schilling, Förderungszuschuß für die Secession 200.000 Schilling, Verein Wiener Jugendkreis 280.000 Schilling. Außerdem übernimmt die Stadt Wien von der Kapitalerhöhung der Flughafen-Wien Betriebsgesellschaft (200 Millionen Schilling) einen Teilbetrag von 50 Millionen Schilling.

Für die gemeinsame Kreditaktion der Stadt Wien, der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und des Handelsministeriums (Investitionskredite) stellt die Stadt Wien ebenso wie die anderen Partner einen zusätzlichen Betrag von 200.000 Schilling zur Verfügung.

Für die Errichtung von Ölsperren im Hafen Lobau wurden 1,9 Millionen Schilling genehmigt, für die Ausgestaltung der Stromversorgung des Hafens Freudenua ein Betrag von 10,5 Millionen. 1,4 Millionen wurden für den Neubau von vier privaten Marktständen auf dem Genochplatz im 22. Bezirk bewilligt. Die vier alten Stände müssen wegen der Unterfahrung der Ostbahn abgebrochen werden.

Für das Auswechseln der Bodengummi bei 110-Liter-Ringtonnen wird eine Spezialmaschine angeschafft. Der Gemeinderat bewilligte dafür 135.000 Schilling.

preisguenstige gemuese- und obstsorten

10 wien, 19.11. (rk) das markamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 3 bis 4 schilling, karotten 3 bis 4 schilling und weisskraut 3 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 bis 8 schilling, mandarinen 10 schilling, orangen 7 bis 8 schilling und weintrauben 9 bis 11 schilling je kilogramm.

1416